

Der Ordnungspolitische Kommentar

Nr. 12/2009

1. Dezember 2009

Wer nach allen Seiten offen ist, der kann nicht ganz dicht sein¹

Von Steffen J. Roth

Es gibt so viel zu kommentieren. Man muss ja auch im Advent nicht alles mit Engelsgeduld hinnehmen. Haben Sie sich z. B. am 9. November auch so geschämt, als der blondlockige Showmaster, der noch unbedarfter daherkommt als Bibi aus der Sesamstraße, den Staatsakt moderierte, bei dem Deutschland die Freiheit feierte? War es nötig, dass sich dieser Mann, den wir als Inbegriff oberflächlicher TV-Unterhaltung kennen, in einer Live-Show unter dem Brandenburger Tor bei „unseren Gästen“ (Brown, Clinton, Sarkozy, Medwedew, Gorbatschow, Kissinger, etc.) in der gleichen schnuffigen Art bedankte, als verabschiedete er Wettkandidaten? Dagegen war die Domino-Day-Aktion ja hohe Philosophie. Wer trifft solche Entscheidungen? Das war schon peinlich.

Apropos peinlich. Was reitet die Tigerentenkoalition, unmittelbar nach der Wahl das Gastgewerbe mit einer Reduzierung der Mehrwertsteuersätze zu privilegieren und der altgedienten Klientel der Apotheker Konkurrenzschutz zu versprechen?² Anschließend polierten die Regenten ihr soziales Image durch eine völlig unsystematische Verdreifachung des Schonvermögens auf und halfen so den armen reichen Transferbeziehern.³ Na super. Zur Garnierung des Ganzen dachten sie an eine deftige Haushaltsmanipulation. Gut, dass die Bürger die sorglosen Umverteiler und Schuldenfinanzierer klar abgewählt hatten. Es lebe die neue nachhaltige, generationengerechte Politik der liberal-konservativen Regierung.

Apropos nachhaltige Finanzpolitik. Ist denn nicht immerhin die öffentliche Entrüstung über den Manipulations-trick „Schattenhaushalt“ ein gutes Zeichen? Keineswegs. Auf Widerstand stieß nur die Dreistigkeit des Vorgehens. Die durch nicht gegenfinanzierte Leistungsversprechen aufgehäuften implizite Verschuldung, mit der wir zukünftige Generationen erdrosseln, stört keinen großen Geist. Wir lassen die bankrotten Schneeballsysteme in der Sozi-

alversicherung vergnügt weiterrollen. Sogar die unzureichende Korrektur einer Nettolohnkopplung der Rente musste in der Krise schnell zurück genommen werden. Der damalige Rentenminister Scholz drang auf die Rentengarantie, „um die Sorgen um die Zukunft der Sozialsysteme zu zerstreuen“. Schön formuliert. Selbst nach den krisenbegründeten Finanzeskapaden liegt die explizite Verschuldung heute bei „nur“ etwa 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zusammen mit der impliziten Verschuldung schieben wir aber eine Nachhaltigkeitslücke in Höhe von insgesamt etwa 250 Prozent vor uns her.

Apropos Nachhaltigkeitslücke. Nein, diese liegt nicht (in erster Linie) an den mittleren oder jüngeren Generationen, die sich weniger Kinder gönnen. Hätten die zwischen 1955 und 1965 geborenen Babyboomer ab Mitte der 1970er eine bestandserhaltende Geburtenrate von 2,1 aufgewiesen und sich nicht auf durchschnittlich 1,4 Kinder je Frau beschränkt, dann hätten wir zwar heute mehr Arbeitskräfte, die (hoffentlich) auch als Zahler für die Sozialversicherung begrüßt werden könnten. Aber die Gesellschaft hätte sich diese Kinder auch etwas kosten lassen. Die zusätzlichen Kinder hätten in der Vergangenheit zu zusätzlichen Staatsausgaben geführt und die wiederum zusätzlichen Kinder dieser Kinder würden ebenfalls etwas kosten. Unter der vereinfachenden Annahme, dass weder die Bildungsausgaben pro Schüler 1985 geringer ausgefallen wären noch das Kindergeld pro Kind im Jahr 2015 geringer ausfallen würde, wenn mehr Kinder geboren worden wären, würde sich heute sogar eine noch höhere Nachhaltigkeitslücke ergeben als ohnedies schon.⁴ Die Schiefelage ist nicht (alleine) demografischer Natur, sondern strukturell: Seit Jahren erhält ein neugeborener Durchschnittsbürger im Verlauf seines Lebens mehr aus den öffentlichen Kassen als er an Steuern und Abgaben hineinlegt. Solange wir dieses Missverhältnis nicht angehen, nutzen auch höhere Geburtenraten nichts.

Apropos Geburtenraten. Dass der Gesellschaft die Kinder gutverdienender Eltern seit 2007 (Elterngeld) mehr wert sind als die Kinder von Geringeinkommensbeziehern scheint die Mehrheit der Bürger nicht zu stören. Grob gerechnet erhalten ihre Erwerbstätigkeit aussetzende Elternteile, die vorher monatlich rund 2.700 Euro nach Hause brachten, mit einem Transfer von bis zu 21.600 Euro in zwölf Monaten fast dreimal so viel Geld wie Elternteile,

¹ Angeblich stammt diese Einsicht weder von Kurt Tucholsky noch von Edmund Stoiber. Vom Autor dieses bewusst launischen Kommentars stammt der Spruch jedenfalls auch nicht.

² Wenn Ihnen das Ausmaß dieser Peinlichkeit entgangen ist, machen Sie sich doch mal ein Bild von der hysterisch-euphorischen Freude der von ihrem eigenen Erfolg völlig überraschten Lobbygruppen.

³ Vgl. Ordnungspolitischer Kommentar Nr. 11/2009.

⁴ Vgl. Forschungszentrum Generationenverträge, Uni Freiburg.

die vorher nur auf 800 Euro netto pro Monat gekommen waren. Deren in zwölf Monaten ausbezahlte Geburtenprämie beträgt nur schlappe 7.400 Euro. Vorbei die Zeit, in der eine nach Einkommen diskriminierende Bevölkerungspolitik auf Widerstand gestoßen wäre. Dieser lockere Pragmatismus erscheint sogar recht vernünftig. Der Versuch, gutverdienende Elternhäuser zu mehr Geburten zu bringen als schlechter verdienende ist eine konsequente Nicht-Bildungspolitik. Da der Schulerfolg in Deutschland noch immer in hohem Maß vom Elternhaus abhängt, sollte man dafür sorgen, dass die richtigen Familien Kinder bekommen. Das erspart viel Mühe beim vielleicht ohnehin müßigen Versuch, den Kindern aus ärmeren Verhältnissen später doch noch Chancen zu eröffnen.

Apropos Elternhaus. Wie verfährt man mit dem unseligen Betreuungsgeld? Ist es denn nicht offensichtlich, dass gerade die Eltern das Geld versaufen werden, deren Kinder eine außerhäusige Betreuung so notwendig hätten? Wie werden diese Kinder Schaden nehmen, wenn sie aufgrund des Betreuungsgelds in den ersten drei Lebensjahren zuhause erzogen werden statt unsere exzellenten Kinderkrippen zu besuchen... Die Mehrheit der Stammtische hat nicht mitbekommen, dass es sich bei der Betreuungsgelddebatte nicht darum dreht, die Schulpflicht aufzuheben. Die wohlmeinenden Kinderschützer schrecken konsequent vor im Bedarfsfall verpflichtenden Vorschulprogrammen zum Spracherwerb zurück. Stattdessen suggeriert man, es sei üblich – wenn nicht notwendig –, seine Kinder bereits deutlich vor dem dritten Lebensjahr ganztägig in die Kita zu geben. Bei aller Gutgläubigkeit: Wir sind weit davon entfernt, 2013 gute Kinderkrippen für alle Kinder in den ersten drei Lebensjahren anbieten zu können. Es ist immer wieder verblüffend, an welchen Stellen und in welcher Gestalt die Erleuchteten auftauchen, die sich mit Begeisterung zur Bevormundung ihrer Mitbürger bereit erklären und dabei nur das Beste für die Uneinsichtigen im Sinn haben.

Apropos Gutmenschen. Implizite und explizite Mindestlöhne, die sich entweder aus der politischen Intervention in Lohnverhandlungen ergeben oder aufgrund einer Gemengelage aus Transfersystem und öffentlichen Vorurteilen wirksam werden, verhindern unzweifelhaft die Entstehung schlecht bezahlter Arbeitsstellen. Dicke Autos werden dann von den Besitzern selbst betankt, Hotelwäsche wird zur Reinigung nach Tschechien gefahren und Näharbeiten in Nahost erledigt. Was wenn aber nun mal schlecht ausgebildete Arbeitssuchende größere Erfolgchancen haben, wenn sie sich auf schlecht bezahlte Arbeitsplätze bewerben, als wenn es nur noch gut bezahlte

Jobs mit entsprechender Anforderung gibt...? Stundenlöhne unterhalb bestimmter Grenzen gönnerhaft als unwürdig zu brandmarken oder sogar gesetzlich zu verbieten, vernichtet systematisch Chancen auf Arbeitsplätze für geringproduktive Arbeitnehmer. Damit erweist man den betroffenen Menschen keinen Gefallen. In vielen Fällen beraubt man die Arbeitssuchenden nicht nur möglicher (Wieder-) Einstiegschancen, die perspektivisch auch zu einer Einkommenssteigerung führen könnten, sondern überhaupt der Möglichkeit zur beruflichen Tätigkeit, zur Identifikation, zur Selbsthilfe, zur Integration und zur Hoffnung. Diese Gedanken sind nicht neu, aber offenbar sind sie der Öffentlichkeit schwer zu vermitteln. Bei der Mehrheit der Arbeitsplatzinhaber dominiert die Angst vor der Konkurrenz und der bei Bewegungen im Arbeitsmarkt keineswegs auszuschließenden Veränderung des Lohngefüges.

Aber vielleicht interessiert man sich für das immer stärker ins öffentliche Bewusstsein dringende Phänomen völlig entwurzelter Jugendlicher. Im Nachgang zur unbegreiflichen Tat am S-Bahnhof in München-Solln mehren sich die Stimmen, denen zufolge bei vielen jugendlichen Gewalttätern die Perspektivlosigkeit, die mangelnde Integration und die ökonomisch-gesellschaftliche Ohnmachtposition der Jugendlichen selbst sowie ihrer Eltern als Erklärungsparameter Beachtung verdienen. Eventuell schieben wir mit der systematischen Vernichtung und Verbannung niedrig bezahlter Arbeit einen Teil unserer Gesellschaft so weit ins Abseits, dass sich manche Menschen ohne extreme Normverletzungen kaum noch lebendig fühlen. Zugleich verlieren Eltern und andere Bezugspersonen jeden Respekt und damit auch jede Kontrolle, wenn auch sie durch langjährige Arbeitslosigkeit als Verlierer gebrandmarkt sind. Die staatlichen Mindestlöhne, eine Errungenschaft der großen Koalition, wurden noch nach der klaren Abwahl der alten Regierung auf zwei weitere Branchen ausgedehnt – angeblich mit Einverständnis der alten und neuen Kanzlerin. Und die Abschaffung der einmal eingeführten Mindestlöhne steht natürlich nicht auf der Agenda der schwarz-gelben Koalition. Kein Kommentar.

Apropos Kommentar. Es gäbe so viel zu kommentieren. Aber wie heißt es im kölschen Liedgut: „Kumm, los mer fiere, nit kommentiere, jet Spass un Freud, dat hät noch keinem Minsch jeschad...“⁵ Lassen Sie sich von mir nicht die wohlige Adventsstimmung kaputt lamentieren. Frohe Weihnachten und ein besseres neues Jahr 2010!

Zeichen: 9.317

⁵ Vgl. De Höhner

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik oder des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.